

**Rede
von**

Deniz Kurku, MdL

zu TOP Nr. 18

Abschließende Beratung

**Wirtschaftsauskunfteien zu mehr Transparenz
verpflichten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs.
18/6385

während der Plenarsitzung vom 09.06.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Scoring-Verfahren, Bonushopper-Datenbanken, ethno- und geospezifische Erhebungen, personenbezogene Datenbankkategorien. Komplexe, teils abstrakte Begriffe und Phänomene, in deren Tiefe man einsteigt, befasst man sich mit der Transparenz von Wirtschaftsauskunfteien. Das haben wir im Ausschuss und Unterausschuss getan. Ein vermeintlich einfaches, klares Ziel, aber wie so oft: Sobald man sich reinfuchst, kommen neue Fragen, sei es zum Datenschutzrecht, Fragen der weiteren Algorithmisierung bei der Bonitätsüberprüfung oder auch Begrenzungen der Echtzeitanalyse von Konten. Es kam darauf an, sinnbildlich immer wieder den „Reset-Knopf“ zu drücken, innerlich „zurück auf Los zu gehen“ – auch, um sich nicht im Detail zu verlieren!

Es geht um mal um einen Handyvertrag, die Chance auf eine Wohnung oder ein Auto, das man für den Weg zur Nachtschicht z. B. im ländlichen Raum dringend benötigt. Es geht also auch um Teilhabe am Leben. Damit wird aus abstrakt sehr schnell konkret. Konkret und existenziell für viele Menschen – nicht nur in Niedersachsen. Entscheidend für das weitere Leben, den Glauben an Aufstieg oder einfach die Chance auf ein persönliches „Weiterkommen“, raus aus der Verschuldung, hinein in eine gute Zukunft mit geordneten Finanzen. Nie ging es darum, die Schufa, Bürgel, Creditreform, Infoscore o. a. zu verteufeln, aber eins möchte ich festhalten:

Als Unternehmen, die selbst die Kreditwürdigkeit von Menschen bewerten, als Unternehmen mit einer solchen Verantwortung, da muss man sich eben auch selbst an höchsten Maßstäben messen lassen!

Erhobene Daten müssen korrekt sein und wenn nicht, muss die Chance da sein, Falsches korrigieren zu können! Dafür stehen wir als Antragssteller und alle, die diesen EA unterstützen!

Auch Unternehmerinnen und Unternehmer benötigen eine Verlässlichkeit erhobener Daten, egal ob kleine, mittlere oder Großunternehmen. Sie sind es, die Entscheidungen von erheblicher Tragweite auf dieser Grundlage treffen. Daten müssen stimmig sein und extrem hohen Standards unterliegen. Die Transparenz der Erhebung ist nur ein Teil – aber ein wichtiger. Was Marktversagen bei Kreditvergaben verursachen können, wurde uns ja übrigens brutal durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt, daher ist das auch kein Exotenthema.

Deutlich an die Adressen der Auskunfteien: Sie sind als Kreditwürdigkeitsprüfer Spezialisten, keine Frage. Dieser Verantwortung muss mit hoher Sorgfalt nachgekommen werden, damit man sich auf Urteile verlassen kann.

In Sachen Transparenz, so haben nicht nur wir allein hier im Niedersächsischen Landtag in der Anhörung und Beratung festgestellt, sondern auch

Verbraucherschutzzentralen, Schuldnerberatungen, Wohlfahrtsverbänden u.v.m., in Sachen Transparenz haben Sie noch einiges aufzubessern. Nehmen Sie diesen Antrag als Grundlage, Dinge besser zu machen!

Wir fordern die Verpflichtung zur Offenlegung der Daten auf Anfrage, was letztlich den Ausschlag zu einem Negativeintrag gegeben hat, wesentliche Berechnungsmerkmale und Gewichtungen darzustellen, unzutreffende Daten bzw. falsch berechnete Score-Werte unverzüglich zu korrigieren, sie den Verbraucherinnen und Verbrauchern unaufgefordert kostenlos zu übermitteln und die Unabhängigkeit von gender-, ethno- und geospezifischen Faktoren! Neu hinzugekommen, als Reaktion auf das „CheckNow“-Intermezzo, fordern wir die Echtzeit-Kontoauswertung nicht hinzuzuziehen – eine gute und wichtige Ergänzung unseres Koalitionspartners im Rahmen der Beratungen.

Wir haben angehört und debattiert. Umso schöner ist am Ende einer für einen EA langen, aber guten Auseinandersetzung auch mit Expertinnen und Experten die Übereinkunft der Fraktionen von SPD, CDU und FDP, dass von Niedersachsen aus ein starkes Signal Richtung Bund gehen soll. Für meine SPD-Fraktion nochmal einen ausdrücklichen Dank dafür!

Schade, dass die Grünen sich enthalten haben, obwohl inhaltlich voll dabei. Dem Änderungsantrag nach soll aber die Landesverbraucherschutzzentrale mit der Gründung einer Auskunftei beauftragt werden. Ein spannendes Vorhaben, wenn auch viele, für mich zu viele Fragen institutionell, finanziell und personell damit verbunden sind – auch, weil eine Regelung für Niedersachsen alleine keine gute Lösung wäre. Wir setzen auf Verbesserungen durch die Punkte im EA. Toll wäre, wenn wir alle nicht nur im Ziel, sondern auch bei der Abstimmung einig wären.

Eine Umsetzung bundesweit mit dem Impuls aus Niedersachsen wäre ein echtes Mehr an Transparenz für alle!